



**KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG
FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**

BESCHLUSSBUCH

**der
Kreisdelegiertenversammlung
am 3.12.2021**

Stand: 6.12.2021

zusammengestellt
von
Nicole Groß
Vorsitzende der Antragskommission

I. INHALT

I.	Inhalt.....	I
II.	Beschlüsse	
	1. Für die Zukunft der ‚Zukunft am Ostkreuz‘	3
	2. Anhebung und Neuberechnung der Regelbedarfssätze SGB II und XII	4

II. BESCHLÜSSE

1. Für die Zukunft der ‚Zukunft am Ostkreuz‘

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV und des Abgeordnetenhauses und
2 des Bezirksamts und des Senats werden aufgefordert, sich gegenüber den
3 Fachverwaltungen auf Bezirks- und Landesebene für den Kulturort ‚Zukunft am
4 Ostkreuz‘ bei der Suche nach einem neuen Standort möglichst in unmittelbarer
5 Nähe des jetzigen Standorts, einzusetzen. Dazu sollen vor allem Möglichkeiten
6 auf landeseigenen Grundstücken sowie auf Liegenschaften von BIMA und Bahn
7 geprüft werden. Auch mit dem bisherigen privaten Grundstückseigentümer
8 muss gesprochen werden, ob ein Kauf- oder Tauschgeschäft möglich wäre.

9
10 **Begründung:**

11 Der ‚Zukunft am Ostkreuz‘ wurde nach mehr als zehn Jahren zum 31.03.2022
12 der Mietvertrag durch die Groß Berliner Damm Objekt GmbH gekündigt. Die
13 Kultureinrichtung mit Freiluftkino, Kinosälen, Theater, Galerie, Jazzclub,
14 Openair-Bühne, eigener Brauerei mit Biergarten und Livebühnen in der Lasker-
15 straße hat sich über die Jahre zu einem über die Tore Berlins weit bekannten
16 und beliebten Ort für Besucher*innen und Künstler*innen entwickelt. Mit der
17 Kündigung verliert Friedrichshain-Kreuzberg einen weiteren alternativen, wert-
18 vollen Kulturort.

19 Die Vermieterin will am Standort einen Bürokomplex errichten, zwischen zwei
20 weiteren geplanten Bürokomplexen.

2. Anhebung und Neuberechnung der Regelbedarfssätze SGB II und XII

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der
2 neuen Bundesregierung werden aufgefordert, sich für eine Neuberechnung der
3 Regelbedarfssätze im SGB II und SGB XII und damit für eine existenzsichernde
4 Anhebung dieser einzusetzen. Kurzfristig ist ein monatlicher corona- und ener-
5 giepreisbedingter Mehrbedarf zu gewähren.
6

7 **Begründung:**

8 Die neue Koalition aus SPD, Grünen und FDP haben sich auf die Einführung ei-
9 nes Bürgergeldes verständigt. Das soll unbürokratisch sein, zur gesellschaftli-
10 chen Teilhabe befähigen und die Würde des Menschen achten. Es sind viele
11 gute Aspekte darin enthalten, aber ein wichtiger fehlt: Die Anhebung der Re-
12 gelbedarfssätze auf ein tatsächlich existenzsicherndes Niveau und damit ein-
13 hergehend die Neuberechnung der Regelsätze. Außerdem sind durch die Pan-
14 demie und die gestiegenen Energiepreise Mehrkosten für die Leistungsbezie-
15 henden entstanden, die durch die geplante Anhebung um 3 € pro Monat in kei-
16 ner Weise gedeckt werden.